

FÜR SIE AUS BERLIN:

DR. MARLON BRÖHR BERICHTET



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

es freut mich sehr, Ihnen die 10. Ausgabe meines "Berichts aus Berlin" übermitteln zu können. In diesem informiere ich Sie, wie gewohnt, über aktuelle Initiativen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und ermögliche Ihnen einen kleinen Einblick in meine Arbeit als Bundestagsabgeordneter.

Am 8. Juli 2024 hat die parlamentarische Sommerpause des Bundestages begonnen. Diese dauert in der Regel zwei Monate, von Juli bis August. In dieser Zeit finden keine Sitzungen in Berlin statt. Die Abgeordneten widmen sich daher ihrem Wahlkreis, befassen sich mit Detailfragen, planen Sitzungen und Anhörungen und bereiten Gesetzentwürfe für den Herbst vor. Außerdem steht die Nachbereitung bereits beschlossener Gesetze und eingebrachter Gesetzesinitiativen an.

Fotos einiger Termine, die ich in den letzten Wochen wahrgenommen habe, finden Sie auf den folgenden Seiten.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie weiterhin schöne Sommertage! Bei Fragen und Anregungen können Sie sich wie gewohnt an mich wenden!

Mit besten Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Marlon Bröhr". The signature is written in a cursive style.

Ihr Marlon Bröhr



THEMATISCHE SCHWERPUNKTE IN BERLIN

Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Wahlrechtsreform 2023

Das Bundesverfassungsgericht hat am **30. Juli 2024 die Wahlrechtsreform der Ampel von 2023 in Teilen für verfassungswidrig** erklärt. In dem unter anderen von der Unionsfraktion beantragten Verfahren hat das Bundesverfassungsgericht die **neu eingeführte Zweitstimmendeckung zwar für mit dem Grundgesetz für vereinbar erklärt, nicht jedoch die 5 %-Sperrklausel** in ihrer jetzigen Form (also ohne Grundmandatsklausel).

Das Zweitstimmendeckungsverfahren hält das Bundesverfassungsgericht für mit dem Grundgesetz vereinbar. Das Verfahren bedeutet, dass der Wähler zwar weiterhin zwei Stimmen hat – die Erststimme für einen Wahlkreiskandidaten und die Zweitstimme für die Liste. Es ziehen aber nur so viele Wahlkreiskandidaten in den Bundestag ein, wie der jeweiligen Partei nach ihrem Zweitstimmenergebnissen auf Landesebene zustehen.

Dagegen ist die Beibehaltung der 5 %-Sperrklausel in ihrer geltenden Form (also ohne Grundmandatsklausel) mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Dies beeinträchtigt den Grundsatz der Wahlgleichheit (Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG). Eine Sperrklausel in Höhe von 5 % sei zwar weiterhin ein geeignetes Mittel zur Wahrung der Arbeits- und Funktionsfähigkeit des Deutschen Bundestages. Allerdings bemängelt das Bundesverfassungsgericht, dass es nach Streichung der Grundmandatsklausel, nach der eine Partei auch dann in den Deutschen Bundestag einzieht, wenn sie 5 % der Wählerstimmen nicht erreicht, aber in mindestens drei Wahlkreisen das Direktmandat erzielt, keine Abmilderung der Sperrklausel mehr gibt. Das könnte zum Beispiel dazu führen, dass die CSU auch dann nicht mehr im Deutschen Bundestag vertreten wäre, wenn sie zwar fast alle Wahlkreise in Bayern gewonnen hätte, aber bundesweit weniger als 5 % erreicht. Das Bundesverfassungsgericht fordert den Gesetzgeber zu einer Neuregelung auf und ordnet an, dass bis dahin die Grundmandatsklausel in ihrer bisherigen Form anzuwenden ist.

Mit den Fraktionen der Ampel waren wir uns immer **einig, dass die Zahl der Abgeordneten im Deutschen Bundestag verringert werden muss**. Wir haben der Ampel hierzu in der laufenden Wahlperiode mehrfach konkrete Vorschläge unterbreitet. Die Ampel hat unsere Vorschläge aber abgelehnt und stattdessen ein Wahlrecht verabschiedet, das nun vom Bundesverfassungsgericht in einem wesentlichen Teil für verfassungswidrig erklärt wurde. Damit ist der Versuch der Ampel, mit Hilfe des Wahlrechts politische Konkurrenten auszuschalten, vor dem Bundesverfassungsgericht erwartungsgemäß gescheitert.

Auch wenn das von uns ebenfalls angegriffene sog. „**Zweitstimmendeckungsverfahren**“ vom Bundesverfassungsgericht für vereinbar mit dem Grundgesetz angesehen wurde, bleiben wir bei unserer Auffassung, dass dieses Verfahren bei der nächsten Bundestagswahl zu einer **unangemessenen Benachteiligung insbesondere von Wahlkreisbewerbern der CDU und der CSU führen wird**. Das **Wahlkreismandat wird nach dem Ampel-Wahlrecht entwertet**. Damit schadet die Ampel dem Grundsatz der demokratischen Repräsentanz der Wahlkreise im Deutschen Bundestag.

Bundeshaushalt 2025

Nach wochenlangen Verzögerungen haben Bundeskanzler Scholz, Vizekanzler Habeck und Bundesfinanzminister Lindner eine allgemeine politische Erklärung zum **Bundeshaushalt 2025 vorgestellt**. Diese beinhaltet auch die Ankündigung eines **Nachtragshaushalts für das Jahr 2024** mit einem Volumen von **rund 11 Mrd. Euro**. Damit steigt die Nettokreditaufnahme für 2024 auf insgesamt 50,5 Mrd. Euro (bisher 39,03 Mrd. Euro) und das Haushaltsvolumen von bisher 476,8 Mrd. Euro auf 489 Mrd. Euro. Für den **Bundeshaushalt 2025** ist dann ein **Haushaltsvolumen von 481 Mrd. Euro** und eine **Nettokreditaufnahme von 44 Mrd. Euro** geplant.

Deutlich wird, die Ampel hat keinen Bundeshaushalt aufgestellt, sondern eine **allgemeine politische Absichtserklärung** abgegeben. Die **Finanzierung ist nicht gesichert** und basiert größtenteils auf dem „Prinzip Hoffnung“. An vielen Stellen gibt es halbherzige bis gar keine Lösungen – etwa bei der Migration, der Bundeswehr oder dem Bürgergeld. Hinzu kommt: Maßnahmen wie die Erhöhung der Freibeträge oder der Ausgleich der kalten Progression hätten mit der bereits geltenden Gesetzeslage ohnehin erfolgen müssen, werden nun aber als neuer politischer Erfolg gepriesen. Eine **Priorisierung der Ausgaben ist nicht erkennbar**. Stattdessen geht es im üblichen Modus der Ampel weiter: Jede Seite bekommt etwas. So lässt sich aber keine solide und tragfähige Finanz- und Haushaltspolitik gestalten.

Die vorgestellte Einigung mag den Fortbestand der Ampel kurzfristig sichern, ein großer Wurf für Deutschland ist sie nicht. Wir werden im Haushaltsverfahren unsere Prioritäten deutlich machen, allen voran Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland sowie zur Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit.

AUSWAHL WICHTIGER INITIATIVEN DER CDU/CSU-FRAKTION

Für mehr Anerkennung und Wertschätzung – Pflegende Angehörige weiter unterstützen.



Für die Pflege waren die Ampeljahre bisher verlorene Jahre. Nach allen Prognosen wird es in **dieser Wahlperiode keine größeren Verbesserungen für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen** geben. Dabei bilden pflegende Angehörige das Rückgrat der pflegerischen Versorgung: Über 80 Prozent der Menschen mit Pflegebedarf werden in den eigenen vier Wänden gepflegt. Das sind rund 4,17 Millionen Menschen, die von knapp fünf Millionen Angehörigen versorgt werden.

Meistens sind es die selbst betagten Ehepartner, die Versorgungsaufgaben übernehmen. Für diese Gruppe wollen wir das **Vor-Ort Netzwerk – bestehend aus Pflegestützpunkten, Quartiersmanagement, Ehrenamt und Nachbarschaftshilfe – verbessern**. Über die Angebote soll besser informiert werden. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung überdies auf, den **Einstieg in eine Entgeltersatzleistung/Lohnersatzleistung bei der Pflegezeit bzw. Familienpflegezeit anzustreben**. Wir wissen, dass dies mit hohen Kosten verbunden ist – das Ziel wollen wir aber weiter im Blick behalten. Des Weiteren sollen die **Begutachtungen durch den Medizinischen Dienst flexibilisiert und neutrale Instanzen zur Bescheidung von Widersprüchen eingeführt** werden. Mit unserem Antrag greifen wir zahlreiche Forderungen auf, die wir mit unserem **Positionspapier „Die Pflege zukunftsfest machen“** im letzten Oktober verabschiedet haben.

Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum stärken

Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung zum „**Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz**“ (GVSG) wurde Ende Juni erstmalig im Plenum des Deutschen Bundestages debattiert. Dieser **Gesetzesentwurf wird seinem Namen in keiner Weise gerecht**. Und dabei wäre ein Neuaufschlag im Gesundheitswesen angesichts der immer schwieriger werdenden Herausforderungen in der flächendeckenden medizinischen Versorgung dringend notwendig.

Um der ungünstigen Kombination von Strukturwandel, einer älter werdenden Gesamtbevölkerung und mangelnden Fachkräften entgegenzutreten, bringen wir unseren **Antrag „Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum stärken“** ein. Denn der richtige Weg ist es, bestehende Strukturen weiterzuentwickeln und in diese zu investieren. Dies soll sich konkret darin äußern, Kernelemente der Gesundheitsversorgung, wie niedergelassene Ärztinnen und Ärzte zu stärken. Nur so kann die Versorgungssicherheit im ländlichen Raum auf eine zielgerichtete, effiziente und wirtschaftliche Weise weiterhin gewährleistet werden.

Rechtssicherheit schaffen und für mehr Gerechtigkeit sorgen – Keine Benachteiligung einzelner Berufsgruppen durch die Erweiterung der LKW-Maut ab 1. Juli 2024

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen Antrag in den Bundestag zur **Unterstützung von kleineren Unternehmen wie Handwerksbetrieben** eingebracht. Zum 1. Juli trat die Ausweitung der Mautpflicht auf Fahrzeuge mit einer technisch zulässigen Gesamtmasse von mehr als 3,5 Tonnen in Kraft. Für die betroffenen Unternehmen hat dies **erhebliche Mehrbelastungen** zu Folge. Gerade in diesen angespannten Zeiten verschärft die Ampel damit die Lage der Wirtschaft noch einmal. Die vielen kleinen und mittelständisch geprägten Betriebe brauchen weniger statt immer mehr Bürokratie und Zusatzkosten.

Um kleine Unternehmen wie Handwerksbetriebe nicht zu überfordern, gibt es zwar eine HandwerkerAusnahme, aber diese Ausnahmeregel greift zu kurz, weil sie nur bestimmte Berufe umfasst. Die **CDU/CSU-Fraktion fordert, dass deutlich mehr gewerbliche Tätigkeiten von der Maut befreit werden**. Dazu gehören der gewerbliche nicht-landwirtschaftliche Gartenbau, der vor- oder nachgelagerte Bereich der Landwirtschaft, das bürgerschaftliche Engagement der Tafeln, Hausmeisterdienste, Energieversorgung, Entsorgung, Messebau und andere vergleichbare Tätigkeiten.

Die Grenzkontrollen haben sich bewährt – Deutschlands Grenzen auch über die Europameisterschaft hinaus schützen

Mit unserem Antrag greifen wir das aktuelle Thema der Binnengrenzkontrollen während der Fußball-Europameisterschaft auf. Die Notwendigkeit für Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen haben die jüngsten Maßnahmen gezeigt. **Wir fordern deshalb, die Notifizierung der Grenzkontrollen an allen deutschen Grenzen bis auf weiteres über die Dauer der Fußball-Europameisterschaft hinaus zu verlängern, um der Bundespolizei so lageangepasste Grenzkontrollen zu ermöglichen**. Diese Maßnahmen können ohne gravierende Auswirkungen auf den grenzüberschreitenden Verkehr durchgeführt werden – was auch ganz praktisch zeigt, dass kontrollierte Grenzen eben auch offene Grenzen bleiben. Die **Bundespolizei hat hinreichende Erfahrungen, um die Kontrollen so flexibel und lageangepasst vorzunehmen**, dass Auswirkungen auf die Öffentlichkeit minimiert werden.

Meine Rede im Plenum des Deutschen Bundestages

Die Amerikaner haben ihren "Veterans Day", die Briten ihren "Remembrance Day", die Franzosen ihren "Jour du Souvenir" und die Soldaten der **Bundesrepublik Deutschland haben mit uns am 15. Juni ihren 1. Veteranentag gefeiert!**

Fürsorge, Wertschätzung und Respekt für unsere Soldaten - das war die Motivation für den gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD

Bündnis 90/Die Grünen und FDP mit dem Titel **"Für eine umfassende Wertschätzung - Einen nationalen Veteranentag einführen und die Versorgung von Veteranen und deren Familien verbessern"**, der am 25. April 2024 vom Bundestag mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Von nun an werden unserer Soldaten jedes Jahr im Juni für einen Tag in den Mittelpunkt der Gesellschaft gerückt. Das haben sie mehr als verdient! Denn sie verteidigen nichts weniger als unsere Freiheit!



[Hier geht es zur Rede.](#)

BESUCH DER BUNDESWEHRSTANDORTE

Seit Beginn meiner Tätigkeit im Verteidigungsausschuss habe ich **bundesweit knapp 50 Bundeswehr-Standorte** besucht. Mir ist es wichtig, nicht nur über Soldatinnen und Soldaten zu sprechen, sondern auch mit ihnen. Vielen Dank an alle Soldatinnen und Soldaten für die interessanten Einblicke, die für meine Arbeit im Ausschuss von größter Wichtigkeit sind!



Feldjägerregiment Julius-Leber-Kaserne Berlin
Foto: Bundeswehr/ Hauptmann Isabel Biegerl



Artillerieschule Idar-Oberstein
Foto: Bundeswehr/ Jeremy Hess



HIL GmbH St. Wendel



Kommando Heer Straußberg
Foto: Bundeswehr/ Marco Dorow

WAHLKREISRELEVANTE THEMEN

THEMEN UND TERMINE IM WAHLKREIS

Besonders wichtig ist es in meinem Beruf, mit den Menschen im Gespräch zu bleiben. Schon als Bürgermeister und Landrat bin ich deshalb gerne zu Ortsbürgermeistern und Gemeinderäten gefahren, weil man von ihnen immer Interessantes erfahren kann. Diese Tradition der Gemeindebesuche pflege ich weiter! Auch der Austausch mit Vereinen, der Blaulicht-Familie, Verbänden und Unternehmen ist mir äußerst wichtig. Nur wenn dieser funktioniert, erfahre ich, welche Themen die Menschen vor Ort beschäftigen und wie ich sie in Berlin bestmöglich vertreten kann.

Besuch bei „Busch Textilservice“ in Bärenbach:

Spannender Einblick in das mittelständische Familienunternehmen „Busch Textilservice“ in Bärenbach. René Dauer stellte uns sein Unternehmen vor, das **rund 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt**. Zu den Kunden gehören insbesondere Kranken- und Pflegeeinrichtungen. Gemeinsam mit den CDU-Landtagsabgeordneten Karina Wächter und Tobias Vogt, René Dauer, dessen Frau und Prokuristin Isabelle Kuhn sowie IHK-Regionalgeschäftsführer Knut Schneider besprachen wir die aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen. Dazu gehörten in erster Linie die Themenkomplexe Bürokratie, Arbeits- und Fachkräftemangel und hohe Belastungen durch Steuern und Abgaben für die Beschäftigten.



Besuch von "HAHN Kunststoffe" in Bärenbach und "Papier Mettler" in Morbach:

Auf Initiative der CDU-Landtagsabgeordneten Karina Wächter besuchte ich gemeinsam mit dem Arbeitskreis „Wirtschaft“ der rheinland-pfälzischen CDU-Landtagsfraktion mit den erfolgreichen heimischen Unternehmen "HAHN Kunststoffe GmbH" in Bärenbach und „Papier-Mettler“ in Morbach **zwei absolute Experten im Bereich der Kreislaufwirtschaft**.

Dabei erhielten wir wertvolle Einblicke in die innovative Verarbeitung von Recyclingmaterialien und die Produktion nachhaltiger Produkte für die unterschiedlichsten Branchen. Der Besuch ermöglichte einen spannenden Austausch über umweltfreundliche und nachhaltige Lösungen und zukunftsweisende Technologien und Innovationen.



Papier-Mettler



HAHN Kunststoffe GmbH

Förderung im Rahmen des Denkmalschutz-Sonderprogramms

Tolle Nachricht für Ediger! Die Kirche St. Martin wird im Rahmen des **Denkmalschutz-Programmes des Bundes mit 250.000 Euro gefördert**. Bei einem Besuch in Ediger konnte ich mir gemeinsam mit Carina Konrad ein Bild vom baufälligen Zustand der Kirche St. Martin machen. Es freut mich daher sehr, dass nun damit begonnen werden kann, die Kirche im Sinne der Denkmalpflege zu sanieren. Dadurch, dass die Fördermittel auch kleineren Bauten im ländlichen Raum zugutekommen, leistet das Denkmalschutz-Sonderprogramm einen bedeutenden Beitrag zum Erhalt unserer Kulturlandschaft.



Die Kreis-CDU nimmt die Herausforderungen des Hotel- und Gaststättengewerbes in den Fokus.

Fachkräftemangel, flexible Arbeitszeiten, bürokratische Hürden und die Fragen der Unternehmensnachfolge standen im Mittelpunkt eines Austauschs mit Gastronomen in Ellenz-Poltersdorf. Kritik erhielt dabei die Ampel-Regierung für die Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie von 7 auf 19 Prozent. „Wir brauchen in diesen schwierigen Zeiten eine bestmögliche Unterstützung. Denn gerade Gastronomie und Hotellerie sind auch ein zentraler Wirtschaftsfaktor in unserem Kreis und besonders wichtig für das Leben in unseren Städten und Dörfern sowie den Tourismus in unserer Heimatregion“, verdeutlicht der CDU-Kreisvorsitzende und Cochem-Zeller Landtagsabgeordnete Jens Münster. So verwies Münster darauf, dass im Jahr 2023 insgesamt über 600.000 Gäste bei mehr als zwei Millionen Übernachtungen den Kreis Cochem-Zell besuchten. „Wir sind damit touristische Leuchtturmregion in Rheinland-Pfalz“, so Münster.

Gemeinsam mit dem DEHOGA-Präsidenten und den Gastronomen im Kreis Cochem-Zell setzen sich die CDU-Abgeordneten für bessere Rahmenbedingungen ein. „Wir werden die Impulse mit in die Politik auf Bundes- und Landesebene aufnehmen und darauf einwirken, die Rahmenbedingungen für das Gastgewerbe nachhaltig zu verbessern – denn das ist gut für die Gastrobranche und unsere Heimatregion“, betonen die CDU-Abgeordneten Jens Münster und Marlon Bröhr.



Austausch mit Gereon Haumann



Besuch des Freizeitparks in Klotten



Vor-Tour der Hoffnung

PRAKTIKUM IM BERLINER ABGEORDNETENBÜRO



Praktikant Elia Stenner aus Simmern

Ich freue mich sehr, dass ich in diesem Jahr bereits zwei Praktikanten aus der Heimat in meinem Berliner Büro begrüßen durfte.

“Nach etwas mehr als sechs Wochen endet nun meine Zeit als Praktikant im Bundestagsbüro von Dr. Marlon Bröhr. Ich bin sehr dankbar für die Möglichkeit, Teil des Teams gewesen zu sein und werde die Zeit in guter Erinnerung behalten. Und wer weiß, vielleicht werden sich in Zukunft unsere Wege erneut kreuzen.” - Elia Stenner / Simmern, Mai/Juni 2024

“Leider endet nun bereits nach einer Woche mein Schülerpraktikum im Abgeordnetenbüro Bröhr. Ich habe zahlreiche imposante Gebäude gesehen, interessante Menschen kennengelernt und einzigartige Erfahrungen gesammelt, weshalb die Zeit wie im Flug verging. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Mitarbeitern des Abgeordnetenbüros und Herrn Bröhr selbst dafür bedanken, dass ich hier so viele neue Eindrücke sammeln konnte.”

- Paul Scherer / Kirchberg, Juli 2024



Praktikant Paul Scherer aus Kirchberg

BILDUNGSPOLITISCHE FAHRT NACH BERLIN

Dreimal im Jahr darf jedes Mitglied des Deutschen Bundestages eine **Gruppe von maximal 50 Personen** zu einer so genannten **bildungspolitischen Fahrt nach Berlin** einladen. Die Kosten für diese Fahrten (inklusive Doppelzimmer im Hotel und Verköstigung) trägt das Bundespresseamt, welches auch das Programm erstellt und die Betreuung der Gruppen vor Ort übernimmt.

Mir ist es sehr wichtig, zu diesen Fahrten grundsätzlich **ehrenamtlich tätige Menschen** aus meinem Wahlkreis einzuladen, um sie für ihre Unterstützung und ihren oft jahrzehntelangen Einsatz zu belohnen. Die **erste BPA-Fahrt in diesem Jahr** hat vom **04.03.24 bis zum 07.03.24** stattgefunden. Eingeladen habe ich allen voran **Mitglieder des Deutschen Roten Kreuzes Rhein-Hunsrück** und des **Kastellauner VdK-Ortsverbandes**. Zur **zweiten BPA-Fahrt** des Jahres, die vom **05.06.24 bis zum 08.06.24** stattgefunden hat, habe ich mich sehr gefreut, die **Senioren-Union Rhein-Hunsrück** in Berlin begrüßen zu dürfen.

Traditionell steht der **Besuch des Reichstages** mit einem Informationsvortrag und der Besichtigung der Kuppel im Mittelpunkt. Auf dem Programm standen zudem Führungen in der **Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen** und im **Militärhistorischen Museum der Bundeswehr Flugplatz Berlin-Gatow**, ein **Informationsgespräch im Innenministerium** und die Besuche des „Denkmals für die ermordeten Juden Europas“ und im „Futurium - Haus der Zukünfte“.



BPA-Gruppe Juni 2024 (Foto: Bundesregierung/ StadtLandMensch-Fotografie)



« Bleiben Sie auf dem Laufenden!